



Jeder dritte Deutsche lehnt Sinti und Roma als Nachbarn ab

Jeder dritte Deutsche lehnt Sinti und Roma als Nachbarn ab
Antidiskriminierungsstelle des Bundes legt Großstudie "Bevölkerungseinstellungen zu Sinti und Roma" vor
Unwissenheit und in Teilen offene Ablehnung prägen die Einstellung der deutschen Mehrheitsbevölkerung gegenüber Sinti und Roma. Dies belegt eine umfassende Großstudie, die die Antidiskriminierungsstelle des Bundes am Mittwoch in Berlin vorgestellt hat. In der Erhebung "Bevölkerungseinstellungen zu Sinti und Roma" werden Vorurteile gegenüber Europas größter ethnischen Minderheit thematisiert, das Wissen der Bevölkerung über die Minderheit untersucht und Handlungsempfehlungen zum Abbau von Diskriminierungen gegeben. Jeder/m dritten/m Deutschen wären Sinti und Roma als Nachbarn sehr oder eher unangenehm. Darüber hinaus wird der Bevölkerungsgruppe im Vergleich zu anderen Minderheiten mit Abstand die geringste Sympathie entgegengebracht. Die Hälfte der Bevölkerung denkt, dass Sinti und Roma ebenso wie Muslime und Musliminnen durch ihr Verhalten Feindseligkeit in der Bevölkerung hervorrufen. Jede/r zweite Befragte sieht zudem ausgerechnet in Einreisebeschränkungen ein probates Mittel für ein besseres Zusammenleben. Gleichgültigkeit, Unwissenheit und Ablehnung bilden zusammen eine fatale Mischung, die Diskriminierungen gegenüber Sinti und Roma den Boden bereiten", sagte die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, bei der Vorstellung der Studie. Sinti und Roma würden von einem beträchtlichen Teil der deutschen Mehrheitsbevölkerung nicht als gleichberechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger wahrgenommen. Lüders nannte die Befunde "dramatisch" und sprach von einem erheblichen Handlungsbedarf von Politik und Gesellschaft. Auch der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, zeigte sich besorgt über die Ergebnisse. "Die Studie zeigt, dass es eine hohe Ablehnung von Sinti und Roma gibt und dass tiefsitzende Vorurteile immer wieder reaktiviert werden können", sagte Rose. Das Feindbild "Zigeuner" sei in Deutschland hoch virulent und das Pogrom in Rostock 1992 bei Sinti und Roma nicht vergessen. "Dieses Pogrom richtete sich dezidiert gegen Roma; auch die Wahlpropaganda der NPD gegen Sinti und Roma fußt genauso auf diesem Feindbild", sagte Rose. Der "Fall Maria", des angeblich von Roma in Griechenland geraubten blonden Kindes, habe sofort die tiefverwurzelten Vorurteile von den "kinderraubenden Zigeunern" aufgerufen. "Maßgebliche Politiker nutzen in der Debatte um angebliche Armutszuwanderung wider besseres Wissen das Feindbild von Roma aus und instrumentalisieren damit einen massiven bestehenden gesellschaftlichen Antiziganismus", sagte Rose. "Um die Lebensbedingungen von Sinti und Roma zu verbessern, müssen wir Wissen ermitteln - und Wissen vermitteln", sagte die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle, Christine Lüders. In den gemeinsam mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma erarbeiteten Handlungsempfehlungen stehen deshalb regelmäßige Erhebungen von Diskriminierungserfahrungen von Sinti und Roma an erster Stelle. "Diskriminierungen müssen sichtbar werden - im Beruf, bei der Wohnungssuche und im Alltag", sagte Lüders. Darüber hinaus fordern Antidiskriminierungsstelle und Zentralrat den Aufbau einer Bildungsakademie für Sinti und Roma, eine verstärkte Beteiligung der Selbstorganisationen der Sinti und Roma mittels Staatsverträgen und der Mitarbeit in Gremien und Rundfunkräten sowie einen verbesserten Schutz vor Benachteiligungen durch Behörden und Polizei. Die Studie "Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung - Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma" basiert auf quantitativen Erhebungen im Rahmen einer repräsentativen Forsa-Umfrage (2.001 Befragte) und wurde vom Zentrum für Antisemitismusforschung (TU Berlin) und dem Institut für Vorurteils- und Konfliktforschung e. V. erarbeitet. Eine PDF-Version finden Sie unter www.antidiskriminierungsstelle.de.
antidiskriminierungsstelle.de
Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Pressestelle Sebastian Bickerich Kristin Döge +49 (0) 03018-555-1805 +49 (0) 03018-555-41865 www.antidiskriminierungsstelle.de
presse@ads.bund.de


Pressekontakt

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

10117 Berlin

Firmenkontakt

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

10117 Berlin

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 gegründet worden. Ziel des Gesetzes ist es, Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.